

# Weimar

Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur

Bearbeitet von  
Ursula Büttner

1. Auflage 2008. Buch. 864 S. Hardcover  
ISBN 978 3 608 94308 5  
Format (B x L): 16,4 x 4,9 cm  
Gewicht: 1352 g

[Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Politikwissenschaft  
Allgemein > Politische Geschichte](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# Leseprobe

## 1 Tendenzen und Aufgaben der Forschung

Die Weimarer Republik gehörte schon bald, nachdem sie untergegangen und damit Geschichte geworden war, zu den bevorzugten Gebieten der jungen zeithistorischen Forschung. Sobald eine unabhängige wissenschaftliche Beschäftigung mit dieser Periode möglich war, bemühten sich Historiker und Politologen intensiv, Klarheit über die Entwicklung und die Probleme der ersten deutschen Demokratie zu gewinnen. Inzwischen liegen viele tausend Titel vor, die kaum noch erfaßt, geschweige denn gewürdigt werden können. Hier werden deshalb nur wichtige Tendenzen des Forschungsgangs skizziert und einige Wissenslücken aufgezeigt, die trotz aller Bemühungen noch immer bestehen. Zur genaueren Information sei auf die neuen Forschungsberichte von Andreas Wirsching und Dieter Gessner sowie den unübertroffenen Überblick von Eberhard Kolb verwiesen. 1

Bereits im Exil und vereinzelt in der 'inneren Emigration' versuchten linksdemokratische und sozialistische Autoren, sich in Gesamtdarstellungen der Chancen der Republik zu vergewissern und die Gründe für ihr Scheitern zu erkennen. Indem sie die ihnen zugänglichen gedruckten Quellen im Licht ihrer politischen Erfahrungen deuteten und ihre Erklärungen mit ehemals einflußreichen 'Zeitzeugen' diskutierten, kamen sie zum Teil zu bemerkenswerten Ergebnissen. Der Professor für Alte Geschichte, Arthur Rosenberg, aktives Mitglied der USPD und später, bis 1928, der KPD, von 1924 bis zu diesem Jahr deren Reichstagsabgeordneter, hatte schon 1928 eine Studie über Die Entstehung der Deutschen Republik aus dem Zusammenbruch der Gesellschaft des Kaiserreichs veröffentlicht und ließ ihr 1934 eine Geschichte der Deutschen Republik folgen. Deren Ende setzte er bereits für 1930 mit dem Übergang zum Präsidial regime an; denn nach seiner Überzeugung hatte 'der Januar 1933 prinzipiell in Deutschland nichts Neues gebracht, sondern nur in außerordentlicher Verschärfung die gleichen Tendenzen hervortreten lassen, die schon seit Brüning's Notverordnungen von 1930 maßgebend waren'. 2 In der Spaltung der Arbeiterbewegung sah er den entscheidenden Grund dafür, daß sie die fortschreitende Aushöhlung der demokratischen Institutionen nicht hatte verhindern können. Nach der Wiederauflage des Buches in Deutschland 1955 wurde es zu einem Klassiker. Ein anderer Politiker vom demokratischen Flügel der USPD, der Rechtsanwalt und spätere SPD - Bürgermeister von Berlin-Kreuzberg, Carl Herz, betonte in seiner Geschichte der Weimarer Republik vor allem die Fehler der SPD; er fand für seine zornige Abrechnung aber weder im Exil noch in Deutschland einen Verleger. 3 Dagegen ging es dem einstigen Chefredakteur des Vorwärts, Friedrich Stampfer, in seinem 1936 in den U SA und 1947 in Deutschland erschienenen Buch Die vierzehn Jahre der Ersten Deutschen Republik besonders darum, die demokratischen Politiker Weimars gegen die Schmähungen der siegreichen Nationalsozialisten in Schutz zu nehmen und 'die Verdienste jener Männer zu würdigen, die aus den Stürmen des Ersten Weltkrieges die Einheit des Reiches retteten und das Land von fremder Besatzung befreiten'. 4 Zum gleichen frühen Zeitpunkt wie Rosenberg vollendete auch der ehemalige Regierungspräsident Ferdinand Friedensburg, ein entschiedener Demokrat, seinen Versuch einer 'sachlichen und unvoreingenommenen' Rückschau auf die Republik. Neben der politischen Geschichte schenkte er der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung besondere Beachtung.

Friedensburg, der in Deutschland blieb, gab sich 1934 noch der Illusion hin, einen Verleger für sein Werk zu finden, und mußte bis 1946 warten. Bewußt verzichtete er darauf, sein Buch aufgrund der Erfahrungen mit der NS-Diktatur nun umzuschreiben, weil es die Weimarer Republik verdiene, nicht nur als Vorgeschichte des 'Dritten Reichs', sondern 'als geschichtliche Schöpfung für sich gewürdigt zu werden'.<sup>5</sup> Dagegen ordnete der linksdemokratische Publizist Leopold Schwarzschild die Geschichte der Republik in seinem 1942 und 1947 in den Niederlanden veröffentlichten pessimistischen Buch *Von Krieg zu Krieg* in eine lange, nur von wenigen retardierenden Momenten unterbrochene verhängnisvolle Entwicklung ein, die unweigerlich auf den nächsten großen Waffengang zulief. Wie Rosenberg sah auch er 1933 keine deutliche Zäsur, sondern faßte die Jahre 1930 bis 1935 unter der Überschrift: 'Fäulnis' zu einem Teil zusammen.<sup>6</sup> Im Londoner Exil, wenn auch etwas später, schrieb auch der Historiker und einstige Stadtverordnete der DDP in Berlin, Erich Eyck, 'vom Standpunkt eines liberalen und demokratischen Anhängers der Republik' seine noch immer lesenswerte Darstellung dieses Geschichtsabschnitts. Die zwei Bände des Werks erschienen 1954 und 1956 in Zürich. Zu dieser Zeit, um 1955, kamen die ersten fundierten Untersuchungen einer neuen Generation von Historikern und Politologen heraus, die in der Weimarer Republik nicht mehr selbst politisch aktiv gewesen waren, sondern sich ausschließlich aus wissenschaftlichem Interesse mit der Periode befaßten. Durch die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte 1950<sup>7</sup> und der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 1951 erhielt die Forschung starke Impulse. Wie bei den meisten im Exil entworfenen Studien standen zunächst die Fragen nach den Ursachen für den Aufstieg des Nationalsozialismus und für die Zerstörung der Demokratie im Mittelpunkt. Das Forschungsinteresse wurde von dem aufklärerischen Elan mitbestimmt, die Gründe für den Untergang der ersten demokratischen Staatsordnung Deutschlands zu erkennen, um eine Wiederholung zu vermeiden. Folgerichtig bezog sich die erste große zeitgeschichtliche Kontroverse auf die Funktion des Präsidialregimes und die Rolle Brünnings in der Endkrise der Weimarer Republik. Während Werner Conze 1954 die weitgehende Entmachtung des Reichstags für die notwendige Reaktion auf die Selbstlähmung des Parteienstaats hielt, arbeitete Karl Dietrich Bracher im folgenden Jahr als Ergebnis einer gewaltigen Forschungsleistung heraus, wie grundlegende Strukturfehler und eine gezielte antidemokratische Politik konservativer Eliten bis hin zu Brünnings bewußten Bemühungen, die 1919 geschaffene Ordnung in ein autoritäres, zentralistisches System umzuwandeln, zur 'Auflösung der Weimarer Republik' führten.<sup>8</sup>

Die Feststellung, daß Machtgruppen der alten Gesellschaft wie das Militär, die hohe Bürokratie, Richter, die Schwerindustrie und die ostelbischen 'Junker' zum Schaden der Weimarer Demokratie zu viel Einfluß ausüben konnten, lenkte den Blick auf mögliche Versäumnisse während der Revolution. Seit dem Beginn der sechziger Jahre wurde sie zu einem neuen Hauptforschungsgebiet. Nach der bahnbrechenden Untersuchung von Eberhard Kolb von 1962 über die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik und der im nächsten Jahr folgenden Studie von Peter von Oertzen über die Betriebsräte in der Novemberrevolution bestätigten weitere Arbeiten über die Soldatenräte (Ulrich Kluge) und regionale Räte (Reinhard Rürup u. a.) das Ergebnis, daß in ihnen allen ein beachtliches sozial- und linksdemokratisches Potential für eine entschlossene

Reformpolitik zur Verfügung stand. Die vorher fast allgemein akzeptierte These, daß es 1918/19 nur die Wahl zwischen einer auf die Räte gestützten 'Diktatur des Proletariats' nach russischem Vorbild oder der Errichtung einer bürgerlich-liberalen Demokratie durch ein Zweckbündnis von Sozialdemokraten und alten Eliten gegeben habe (Karl Dietrich Erdmann), war nicht länger haltbar. 9 Der SPD -Führung wurden übertriebener Respekt vor den 'Fachleuten' und ein allzu ausgeprägter Legalismus vorgeworfen. Inzwischen hat sich ein differenzierteres Urteil über die langfristige politische Gestaltungskraft der Räte und den revolutionären Handlungsspielraum in einer modernen Industriegesellschaft herausgebildet. Über die Haltung des Bürgertums und der Landbevölkerung in der Revolution ist dagegen noch immer zu wenig bekannt.

Die unspektakulären mittleren Jahre standen nie so im Zentrum des Forschungsinteresses wie zuerst die End- und dann die Anfangsphase der Republik. Wirtschaftshistorische Arbeiten über die Stagnation von Industrie und Handel (Dietmar Petzina ) und politikgeschichtliche Untersuchungen über die anhaltenden Schwierigkeiten der Koalitions- und Regierungsbildung (Michael Stürmer) legten es nahe, das Jahrfünft von 1924 bis 1929 nur als eine Spanne begrenzter, 'relativer Stabilität' zu beschreiben. 10 Meistens fanden diese Jahre in Längsschnittuntersuchungen spezieller Themen für den gesamten Zeitraum von 1918 bis 1933 Beachtung. Der Fokus richtete sich dabei bis in die siebziger Jahre vorrangig auf die Politikgeschichte. Die Entwicklung der politischen Parteien und ihrer Milieus, der Reichswehr und der Wehrverbände, der rechten antidemokratischen Bünde, Bewegungen und Ideologien wurde genau durchleuchtet. Gleichzeitig zeichnete sich das Bestreben ab, Wirtschaftsprozesse und sozialpsychologische Strömungen als Faktoren, die politisches Verhalten in erheblicher Weise beeinflussen, stärker zu berücksichtigen. Charakteristisch dafür war der 1967 von Werner Conze und Hans Raupach im Auftrag des 'Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte' herausgegebene Sammelband: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33, der neben einem Überblick über die politischen Entscheidungen Aufsätze über die Wirtschaftslage, die Haltung der Unternehmer und die Einstellung der Gewerkschaften sowie eine höchst anregende 'historisch-psychologische Analyse' der Krisenwirkungen enthielt. Auch der Name des Herausgeberkreises war Programm. 11 M. Rainer Lepsius fand mit seiner Forderung, die zeitgeschichtlichen Erkenntnisse soziologisch zu fundieren, und seinen beiden exemplarischen Arbeiten von 1966 über die Bindung der Parteien an mehr oder weniger festgefügte Sozialmilieus und über die Herstellung eines solchen Sozialmilieus durch die NSDAP viel Zustimmung. 12 Drei Jahre zuvor war die seit langem vorliegende Arbeit von Rudolf H eberle: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932 erschienen, und 1965 stieß der Amerikaner William Sheridan Allen mit seiner dichten Beschreibung der 'nationalsozialistischen Machtergreifung in einer Kleinstadt' auf große Resonanz. 13

Die Wirtschaftsgeschichte, der Historiker bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt hatten, obwohl sie die Bedeutung von Inflation und Weltwirtschaftskrise für die Destabilisierung der Republik stets betonten, erhielt einen neuen Stellenwert. Besonders deutlich zeigte sich das in Arbeiten über die Ära Brüning. Während die Wirtschaftspolitik des Kanzlers bei Historikern bis dahin ohne weitere Prüfung als sachgerecht gegolten hatte, setzte sich jetzt die an Keynes geschulte Argumentation der Ökonomen durch, daß die Deflationspolitik durch ihre prozyklische Wirkung die Krise

unnötigerweise verschärfte und die Radikalisierung der Bevölkerung förderte. Den Durchbruch erzielte Horst Sanmann mit einem Aufsatz von 1965. 14 Strittig blieb allein, ob Brüning seinen verhängnisvollen Kurs mangels besseren Wissens oder in der bewußten Absicht steuerte, die Annullierung der scheinbar unbezahlbaren Reparationen zu erreichen, wie Wolfgang Helbich 1962 meinte. 15 Eine repräsentative Konferenz und ein dicker Tagungsband unterstrichen 1973/74 die Hinwendung zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Weimarer Republik. 16

Im Zuge der Verlagerung des Forschungsschwerpunkts auf die Wirtschafts- und Sozialgeschichte wurde in den achtziger Jahren die Inflationszeit, die bis dahin fast ausschließlich aus dem Blickwinkel der Geschädigten betrachtet worden war, gründlich untersucht. Am Anfang stand 1980 ein provozierendes Buch von Carl-Ludwig Holtfrerich, der im Widerspruch gegen die herrschende Meinung über die katastrophalen ökonomischen, sozialen und politischen Folgen der Inflation ihre günstigen Auswirkungen für den Wiederaufbau der Wirtschaft herausstellte. 17 Ein großes Forschungsprojekt unter Leitung von Gerald D. Feldman bestätigte dann in mehreren Bänden Holtfrerichs Erkenntnisse zum Teil, ermöglichte aber auch, zwischen den verschiedenen Phasen der Inflation und der Hyperinflation stärker zu differenzieren, die sozialen Gruppen auf der Gewinner- und der Verliererseite genauer zu identifizieren und die vor allem in der chaotischen Zeit der Hyperinflation angerichteten Zerstörungen ernst zu nehmen. 18 Die Währungskatastrophe, in der die Geldentwertung endete, hinterließ eine nach Kriegsverlusten und vorübergehender Erholung erneut geschwächte Wirtschaft und eine in weiten Kreisen tief verunsicherte Bevölkerung. Die Symptome einer 'schwachen Wirtschaft', die Knut Borchardt in langen Statistikreihen für die Zeit der Weimarer Republik ausmachte, veranlaßten ihn 1979, den Konsens von Historikern und Ökonomen über Brünings verfehlte Wirtschaftspolitik in Frage zu stellen. Die deutsche Wirtschaft sei in unerträglicher Weise mit Kosten überlastet gewesen, so daß es zu der Politik des Zentrumskanzlers, vor Versuchen zur Konjunktur- und Arbeitsmarktbelebung einen harten Sanierungskurs zu steuern, keine Alternative gegeben habe. 19 Borchardts Thesen haben in zahlreichen detaillierten Untersuchungen Unterstützung und Widerspruch erfahren; eine Einigung ist nicht in Sicht. Möglicherweise trafen Werner Conze und Hans Raupach schon 1967 das Wesentliche, als sie die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Zentrumskanzlers auf die knappe Formel brachten: 'ökonomisch verhängnisvoll, politisch rebus sic stantibus schwer vermeidbar, von Brüning aus politischen Gründen bejaht'. 20 Sein krisenverschärfender Kurs war schwer vermeidbar, aber nicht unvermeidbar. Weniger nachhaltige Debatten über spezielle Themen oder einzelne Bücher haben immer wieder stattgefunden. Hier sei nur auf den Streit um die Rolle der Unternehmer beim Aufstieg der NSDAP hingewiesen. 21 Im übrigen werden diese Auseinandersetzungen später im jeweiligen Zusammenhang behandelt. Für die historische Forschung bleibt, wie solche Kontroversen zeigen, weiterhin viel zu tun. Trotz der Fülle von Arbeiten über die Weimarer Republik sind in wichtigen Bereichen noch Wissenslücken zu schließen. Die Geschichte der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung ist für diese Periode heute besser erforscht als die Entwicklung des Bürgertums und der bürgerlichen Organisationen. Nur für die DVP liegt neben Spezialstudien über kurze Phasen der Parteigeschichte und über ihre Interessenverflechtung jetzt eine umfassende Untersuchung vor. 22 Für die DDP und die Deutsche Staatspartei sowie die DNVP fehlen dagegen neue Gesamtdarstellungen in deutscher

Sprache. Die sozio-politischen bürgerlichen Milieus müßten mit den Fragen und Methoden der Kulturgeschichte erneut analysiert werden. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat überhaupt noch keine wissenschaftliche Untersuchung gefunden. Beim Reichsverband der Deutschen Industrie wurden nur die Anfangs- und die Endphase näher betrachtet, und über den Deutschen Industrie- und Handelstag berichtet lediglich ein schmaler Band von 1966. 23 Eine umfassende Geschichte der gesamten Industrie, ihrer Entwicklung und des ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Gewichts der verschiedenen Sektoren, steht ebenfalls aus. Noch geringer war die Aufmerksamkeit für den tertiären Sektor als Ganzen: für Handel, Banken, Versicherungen und Schifffahrt. Nur einzelne bedeutende Unternehmen wie die Deutsche und die Dresdner Bank sowie die Allianz-Versicherung fanden mehr Interesse, die beiden letzteren vornehmlich in der Zeit des 'Dritten Reichs'. 24 Der Mittelstand wurde überwiegend unter dem Aspekt der Anfälligkeit für antidemokratische Ideologien und der Affinität zum Nationalsozialismus behandelt. 25 Sowohl für das Handwerk als auch und noch mehr für den Einzelhandel fehlen differenzierte Beschreibungen der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den verschiedenen Branchen, Regionen und Zeitabschnitten, der Erwartungen der Berufszugehörigen und ihrer Deutungen der Situation. Ebenso wurde bei den Angestellten hauptsächlich auf Anknüpfungspunkte für rechtes Gedankengut und ihre vermeintlich kontinuierliche Wanderung nach rechts geachtet. Der sozialistische Zentralverband der Angestellten hat dagegen noch keine angemessene Darstellung erhalten, und beim liberalen Gesamtverband der Angestellten wurde einseitig seine nationale Orientierung herausgearbeitet und sein demokratisches, reformfreudiges Potential zu wenig gewürdigt. 26 Die Ergebnisse ausgeklügelter Wahlanalysen, insbesondere von Jürgen W. Falter und seinen Mitarbeitern, 27 sprechen ebenfalls dafür, den 'alten' und 'neuen Mittelstand' noch einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. Nur die Lage und die politische Einstellung der Beamten sind inzwischen gut untersucht. 28

Die Erkenntnisse dieser Studien sollten zusammen mit den reichen Forschungserträgen, die seit dem Erscheinen der Darstellungen von Martin Broszat, Wolfgang Horn, Dietrich Orlow und Albrecht Tyrell in den letzten 35 Jahren erarbeitet wurden, 29 in eine neue Geschichte der NSDAP eingehen. Sie hätte die seither gewonnenen Einsichten über den sozialen Hintergrund der Partei, die Motive ihrer Anhänger, die mentalitätsgeschichtlichen und sozialpsychologischen Ursachen ihres Erfolgs, ihre Agitationsmethoden und die Attraktivität ihres pseudoreligiösen Auftretens wie auch ihrer gewalttätigen Selbstdarstellung zu integrieren und mit einer Synthese aus den Ergebnissen vieler regionalgeschichtlicher Studien zu verbinden. Umstritten ist nach wie vor die Bedeutung des Antisemitismus für den Aufstieg der NSDAP. Dies verweist auf eine weitere wichtige Aufgabe: Bis heute fehlt eine Gesamtgeschichte des Antisemitismus in der Weimarer Republik, die sich nicht nur auf die aktenkundig gewordenen, von der Polizei oder den Gerichten verfolgten Delikte konzentriert, sondern die in der Gesellschaft verbreiteten offenen und latenten antijüdischen Vorurteile und Ressentiments beleuchtet und ihre Tragweite für die verschiedenen sozialen Gruppen ergründet. 30 [.]

26 Weimar: überforderte und mißbrauchte Demokratie

Die Weimarer Republik fand mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zu einer Zeit ihr Ende, als ihre Anhänger die schlimmste Gefahr gebannt und viele Nationalsozialisten die Chance zur

'Machtergreifung' vertan glaubten. Die Verantwortung von Teilen der alten Eliten für die fatale Entwicklung liegt auf der Hand. Doch wie konnten sie in diese ausschlaggebende Position gelangen? Wie war es möglich, daß eine geschäftige Clique ohne nennenswerten gesellschaftlichen Rückhalt eine Entscheidung von welthistorischer Auswirkung herbeiführte? Diese Frage hat die unterlegenen Republikaner im Exil oder in der 'inneren Emigration' umgetrieben, Politiker und Öffentlichkeit in der zweiten deutschen Demokratie stark beschäftigt und die Zeitgeschichtsforschung zu immer komplexeren Erklärungsversuchen veranlaßt. Längst herrscht Einigkeit darüber, daß das Zusammentreffen einer Vielzahl von Faktoren der Republik zum Verhängnis wurde. Den einzelnen Ursachen wird aber ganz unterschiedliches Gewicht beigemessen, so daß disparate Deutungen entstehen. Mit dem Untertitel ihres Sammelbandes: Selbstpreisgabe einer Demokratie betonten Karl Dietrich Erdmann und Hagen Schulze das Versagen der Demokraten. Auch der Titel der Gesamtdarstellung von Hans Mommsen: Die verspielte Freiheit weist in diese Richtung, obwohl der Autor im Widerspruch dazu die Verantwortung der konservativen Machteliten stark hervorhebt, denen am Erhalt der Freiheit wenig gelegen war. Dagegen unterstreicht Michael Stürmer mit dem Untertitel: Belagerte Civitas die Bedrohung der Republik durch ihre Gegner, und Horst Möller legt mit dem Untertitel: Die unvollendete Demokratie zwar den Akzent auf die Defizite der Weimarer Staatsordnung, deutet aber einen vorzeitig abgebrochenen Prozeß an, der auch zum erfolgreichen Abschluß hätte führen können. Seine Formulierung erinnert an Theodor Eschenburgs frühe Interpretation der Weimarer Republik als 'improvisierte Demokratie', deren Schwächen aus ihrer für die Protagonisten überraschenden Entstehung zu erklären seien.

Zweifellos schmälerten die 'Vorbelastungen' aus der Zeit des Kaiserreichs die Entwicklungschancen der Demokratie. Wie die verhängnisvolle Rolle von Exponenten der Reichswehr, der Schwerindustrie und des ostelbischen Landadels in der Staatskrise der frühen dreißiger Jahre zeigte, hatten diese Gesellschaftsgruppen nach der Revolution mehr Macht behalten, als der Republik guttat. Der SPD als der entscheidenden Kraft in der deutschen Revolution ist deshalb vorgeworfen worden, die politische Umwälzung nicht energisch und konsequent genug durch grundlegende gesellschaftliche Veränderungen abgesichert zu haben. Doch wie groß war ihr Handlungsspielraum? Aus Angst vor einem Bürgerkrieg und Furcht vor dem 'Chaos', das ein Zusammenbruch der Verwaltung in einer hochentwickelten, von staatlichen Dienstleistungen abhängigen Industriegesellschaft anrichten würde, war die SPD in den entscheidenden Monaten im Winter 1918/19 zu weitgehender Zusammenarbeit mit dem alten Militär- und Beamtenapparat bereit. Dazu gab es keine Alternative. Auch die Rückführung und Demobilisierung des Acht-Millionen-Heeres und die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft zwangen zur Kooperation mit den vorhandenen Experten. Fraglich ist nur, ob deshalb ein so weitgehender Verzicht auf den Umbau der gesellschaftlichen Strukturen notwendig war, wie die SPD -Führung meinte, weil die Funktionseliten des zusammenbrechenden Kaiserreichs auch die Sozialdemokratie brauchten. Dies war die Grundlage dafür, daß sich die Militärführung und die meisten Beamten der Revolutionsregierung zur Verfügung stellten und Repräsentanten der industriellen Arbeitgeber sich im Abkommen über die 'Zentralarbeitsgemeinschaft' ( ZAG ) zu früher undenkbaeren Zugeständnissen an die

Gewerkschaften bereit fanden. Möglicherweise wäre bei energischeren Anstrengungen zur Demokratisierung von Militär, Verwaltung und Justiz die Radikalisierung von Teilen der ursprünglich überwiegend demokratischen Rätebewegung verhindert worden. Ob sie allerdings für eine tragende Rolle in einem umfassenden gesellschaftlichen Demokratisierungsprozeß taugte, wird inzwischen skeptisch beurteilt.

Vor allem aber muß eine andere Frage offenbleiben: Da die Reaktionen des Bürgertums, der Landbevölkerung und der adeligen Oberschicht auf die Revolution nicht annähernd so gründlich untersucht wurden wie die Einstellung des Industrieproletariats und der Räte, läßt sich nicht einschätzen, welchen Widerstand eine stärkere Beeinträchtigung ihrer gesellschaftlichen Position ausgelöst hätte, wie groß die Gefahr von Produktions- und Lieferstreiks oder militanter Gegenwehr war. Die Bildung von bürgerlichen 'Räten', agrarische und bürgerliche Streik- und Boykottbewegungen, die Mobilisierung von Hunderttausenden gegen die Kirchenpolitik des 'ZehnGebote-Hoffmanns' und nicht zuletzt die vielen rechten Gewaltakte in den politischen Auseinandersetzungen der ersten Nachkriegsjahre zeigen, daß die Mittel- und Oberschichten bereit und in der Lage waren, um ihren Einfluß zu kämpfen. Die Grenze, an der vermutlich der Basiskompromiß zwischen gemäßigter Arbeiterschaft und reformbereitem Bürgertum unmöglich geworden wäre, der die Weimarer Republik zunächst trug, ist schwer zu bestimmen.

Vorbelastungen als Folge der Entwicklungen im Bismarck-Staat gab es auch in der Beziehung von Regierung und Parlament. Politiker aller Parteien orientierten sich an den früheren Verhältnissen und erkannten zu wenig die veränderten Anforderungen der parlamentarischen Demokratie. Wie in der konstitutionellen Monarchie verstanden sich die Abgeordneten als Widerpart der Regierung mit der Aufgabe, sie zu kontrollieren. Auch Abgeordnete der Regierungsparteien behielten sich ihre Entscheidungsfreiheit grundsätzlich vor; die Haupttrennlinie verlief für sie weiterhin zwischen Regierung und Parlament statt zwischen dem Regierungslager und der Opposition. Bei allen demokratischen Parteien war die Tendenz stark, aus der Regierungsverantwortung in die Opposition zu entweichen, um die Schwerpunkte ihrer Weltanschauung und ihrer Interessen ungehemmt herauszustellen. Verstärkt wurde diese Neigung durch die enge Verbindung mit mächtigen Interessenverbänden, den Freien Gewerkschaften bei der SPD, Wirtschafts- und (in zweiter Linie) Beamtenverbänden bei der DVP, Organisationen des Handels und der Exportindustrie bei der DDP, dem Reichslandbund und schwerindustriellen Verbänden bei der DNVP. Der Handlungsspielraum der Parteien wurde dadurch beschränkt, ihre Flexibilität und ihre Bündnisfähigkeit waren begrenzt. Allen Parteien gelang es zu wenig, über ihr traditionelles Sozialmilieu hinauszugreifen und sich durch die Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen mit ihren divergierenden Interessen zu Volksparteien umzubilden.

Diese Immobilität der Parteien wurde durch die Struktur der Weimarer Verfassung erleichtert. Das Bestreben, eine befürchtete Allgewalt des Parlaments durch das starke Gegengewicht des Reichspräsidenten einzudämmen, hatte zur Folge, daß die Parteien Kompromisse zur Bildung oder Fortführung von Regierungskoalitionen im Vertrauen auf den präsidentialen Notretter als weniger zwingend empfanden. Von den 17 Regierungen der Weimarer Republik wurden nur sieben von einer Reichstagsmehrheit getragen. In einer Reihe von Ländern, in denen es die präsidentiale 'Reserveverfassung' nicht gab, insbesondere in Preußen, aber auch in Bayern, Bremen,

Hamburg, Hessen und Württemberg, wurden die Regierungsparteien den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie besser gerecht und ermöglichten mehr politische Kontinuität. Allerdings konnte seit 1931 auch in den Ländern nur noch regiert werden, weil ihnen das Reich mit der 'Dietschzeller Notverordnung' nach Artikel 48 der Reichsverfassung zu Hilfe kam.

Die Tendenz, das Parlament bei der Gesetzgebung zugunsten der Exekutive zurückzudrängen, war in der Weimarer Republik immer wieder zu beobachten. 1919 wurden zentrale sozialpolitische Vorhaben durch Verordnungen des Demobilisierungsamts realisiert. Auf dem Höhepunkt der Hyperinflation schaltete sich der Reichstag im Herbst 1923 durch die Bewilligung zweier Ermächtigungsgesetze aus der detaillierten Gesetzgebung aus. Bereits damals regelte Reichspräsident Ebert finanz-, wirtschafts- und sozialpolitische Fragen von weitreichender Bedeutung mit Notverordnungen nach Artikel 48. Er hat damit der ausgedehnten Anwendung des Notstandsartikels Vorschub geleistet, ihn aber gemäß der Intention der Verfassungsschöpfer zum Erhalt der demokratischen Ordnung eingesetzt. Zum regulären parlamentarischen Verfahren zurückzukehren war immer das Ziel. Das unterschied seine Praxis wesentlich von dem Vorgehen seines Nachfolgers, der den Artikel 48 in der politischen Krise des Frühjahrs 1930 zum Ausschluß der größten Partei, der SPD, von der Regierung einplante und ihn dann bewußt einsetzte, um die demokratische Ordnung auf Dauer in ein autoritäres System umzuwandeln. Schon kurze Zeit nach seinem Amtsantritt hatte Hindenburg 1926 zur Verhinderung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung mit der SPD beigetragen.

Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten bedeutete eine tiefe Zäsur. Im Scheitern des republikanischen Kandidaten gegen den Vertreter des alten Regimes kam konzentriert zum Ausdruck, wieviel Zustimmung der neue Staat inzwischen verloren hatte. Zugleich machte die Wahl des betagten Generals deutlich, in welchem Maß die Deutschen ihre Niederlage im Ersten Weltkrieg verdrängt hatten. Für seine Wähler war Hindenburg nicht der Chef der Obersten Heeresleitung, der die Kapitulation des Deutschen Reichs zu verantworten hatte, sondern der 'Sieger von Tannenberg'.

Diese Weigerung, den schlimmen Kriegsausgang zu akzeptieren, gehörte zu den größten Belastungen der Weimarer Republik. Vergessen waren die verzweifelte Kriegsmüdigkeit, die Erschöpfung der materiellen, physischen und psychischen Reserven wie auch die Hoffnung, mit der Demokratie eine friedliche Zukunft zu gewinnen. Der Versailler Vertrag wurde nicht nüchtern als Folge der Niederlage, sondern als schreiendes Unrecht betrachtet. Die Außenpolitik aller Regierungen war von dem Wunsch nach Revision des 'Schanddiktats' bestimmt, auch wenn Rathenau und Stresemann dabei eher auf Kooperation als auf Konfrontation mit den ehemaligen Kriegsgegnern setzten. Besonders die Reparationen waren ein ständiger Stein des Anstoßes. Als Symbol für die angeblich ungerechte Behandlung Deutschlands in Versailles eigneten sie sich hervorragend, alle, die den Krieg nachträglich gewinnen wollten, gegen die republikanischen Politiker aufzuhetzen. Die Regierung Brüning richtete ihre gesamte Finanz- und Wirtschaftspolitik darauf aus, zunächst die Streichung der Reparationen zu erreichen. Doch ihre Intentionen gingen noch weiter: Der harte Deflationskurs sollte der deutschen Wirtschaft einen Vorsprung beim erwarteten Konjunkturaufschwung verschaffen und Deutschland in die Lage versetzen, über ökonomische Erfolge seine frühere Großmachtstellung wiederzuerlangen. Für dieses hohe Ziel

glaubten Brüning und seine Minister dem Volk schwere Entbehrungen zumuten und die verheerenden sozialen und politischen Folgen in Kauf nehmen zu dürfen. Mögliche Erleichterungen durch französische Anleihen lehnten sie ab, weil sie selbst für eine befristete Zeit auf revisionspolitische Initiativen nicht verzichten wollten.

Auch die militärische Führung war von dem Gedanken beherrscht, daß Deutschland wieder seine frühere Großmachtrolle spielen müsse. Die ständige Forderung nach rüstungspolitischer Gleichstellung mit den übrigen europäischen Mächten war zwar auch von rationalen Sicherheitsinteressen, aber vor allem vom Gefühl verletzter Ehre bestimmt. Die Regierungen der Weimarer Republik wurden an ihrer Aufgeschlossenheit für die Rüstungswünsche der Reichswehr gemessen. Um ihre Vorstellungen durchzusetzen, mischte sich die Militärführung seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre zunehmend in die Innenpolitik ein, bis sie im Präsidialregime über das Schicksal der Regierungen mitentschied. Weil sie für die Aufrüstung werben wollte, ließ sie sich auf windige Geschäfte ein. Sie stellte ideologische Hemmungen zurück und arbeitete illegal mit den 'Bolschewisten' der Roten Armee zusammen. In Deutschland verzichtete sie auf das Waffenmonopol des Staates, förderte die nationalen Wehrverbände, duldete die 'Fememorde' der 'Schwarzen Reichswehr' und sah selbst in der SA trotz ihrer offensichtlichen Gewaltbereitschaft vor allem soldatische Kader für ein künftiges größeres Heer. Die Reichswehr trug auf diese Weise entscheidend zur Militarisierung eines Teils der deutschen Gesellschaft bei.

Auch die Republikaner unter Führung der SPD und die Kommunisten hielten es 1924 für nötig, der Vorherrschaft der rechten Wehrverbände im Straßenbild durch die Gründung eigener uniformierter Verbände entgegenzutreten. Die militante Selbstdarstellung der Kommunisten, insbesondere die Aktionen des Roten Frontkämpferbundes, schürten im Bürgertum die Angst vor einem Aufstand der Linken und verstärkten bei Teilen von ihm den Gefallen an rechten paramilitärischen Machtemonstrationen. Nur wenige Jahre, nachdem die Masse der Bevölkerung nichts mehr ersehnt hatte als die Rückkehr zu einem friedlichen, zivilen Leben, waren soldatische Aufmärsche und die mit ihnen verbundene Drohgebärde wieder populär. Gewalt wirkte auf viele nicht abschreckend. Am deutlichsten trat das in der Ausbreitung des Antisemitismus zutage. Die brutalen rhetorischen und auch physischen Angriffe gegen Juden hielten die Wähler der DNVP, der Völkischen und der NSDAP nicht davon ab, sich für diese Parteien zu entscheiden. Gegen die Kommunisten gewendet, wirkte Gewaltbereitschaft sogar attraktiv und trug zum Aufstieg der NSDAP bei.

Die mangelnde Bereitschaft, die Kriegsniederlage mit allen Konsequenzen ernst zu nehmen, hatte über das außen- und militärpolitische Gebiet hinaus noch weitere schwerwiegende Folgen: Alle Wirtschafts- und Sozialstatistiken bezogen sich auf 1913 als letztes 'normales' Jahr. Löhne und Gehälter, Unternehmensumsätze und -gewinne, Güterproduktion und Handelsvolumen, Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen wurden an den damaligen Zahlen gemessen. Industrien suchten ihre Fertigungskapazitäten auf den Vorkriegsstand zu bringen, obwohl der Inlandsmarkt infolge der Gebietsverluste inzwischen kleiner und die internationale Konkurrenz infolge der 'Enteuropäisierung' der Weltwirtschaft größer geworden war. Unternehmer klagten über ihre im Vergleich zu früher zu geringe Eigenkapitalbildung und suchten die Schuld bei den Gewerkschaften und der republikanischen Sozialpolitik, aber kaum bei Krieg und Inflation. Weil die Wirtschaftsergebnisse uneingeschränkt an der Friedenszeit gemessen wurden, erschienen sie als

unbefriedigend. Nur 1928/29 sei bei den meisten Daten wieder der Vorkriegsstand erreicht worden, stellten die Zeitgenossen und mit ihnen die Wirtschaftshistoriker als Manko fest. Bei gebührender Berücksichtigung der Kriegsverluste hätte es mit ebensolchem oder größerem Recht auch als Erfolg gedeutet werden können, daß nur zehn Jahre nach dem Zusammenbruch schon wieder die 'Normalwerte' der guten alten Zeit erzielt wurden.

Die im Kaiserreich benachteiligten Schichten erwarteten sogar mehr als bloß die Wiederherstellung der alten Verhältnisse. Nachdem sie im Krieg große Opfer gebracht hatten, verlangten sie zum Ausgleich nicht nur die volle politische Gleichstellung, sondern vor allem auch eine Besserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage. Die Demokratie sollte ihnen eine glücklichere Zukunft bringen. Nach der gewaltigen Wertevernichtung durch den Krieg bürdeten sie der SPD und der Republik mit dieser Forderung eine schwere Last auf. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Löhne in der Weimarer Republik zu hoch und die Sozialleistungen übersteigert waren; die bescheidenen Bezüge vieler Arbeitnehmer und der meisten Rentner verbieten eine solche Aussage. Auch daß die Forderung nach stärkerer Beteiligung am allgemeinen Wohlstand berechtigt war, soll nicht bestritten werden. Wohl aber ist festzuhalten, daß bei der notwendigen Auseinandersetzung über die Verteilung des Volkseinkommens die Kriegsverluste auf allen Seiten kaum bedacht wurden. Die Interessengegensätze wurden deshalb durch unrealistisch hohe Erwartungen verschärft.

Diese gesellschaftlichen Konflikte waren für den Staat brisanter als früher. Die Spannungen und Widersprüche in der Gesellschaft waren zwar gewiß nicht größer als in der Zeit des Gründerbooms und der Gründerkrise, der forcierten Industrialisierung und Verstädterung nach 1871, aber sie wirkten sich politisch stärker aus; denn inzwischen wurde der Staat für die Wirtschaftsentwicklung, das Gedeihen der verschiedenen Wirtschaftssektoren und das Wohlergehen seiner Bürger in hohem Grad verantwortlich gemacht. Auch das war eine Folge des Krieges, der ihn gezwungen hatte, die Lenkung der Wirtschaft, die Regelung der Arbeitsbeziehungen und die soziale Fürsorge für die Notleidenden, an erster Stelle die Soldatenfamilien und die Kriegsoffer, weitgehend zu übernehmen. Ein nicht mehr umkehrbarer Strukturwandel war in Gang gekommen.

Obwohl alle bei der Vertretung ihrer Interessen mit dieser Tatsache rechneten, fiel das Urteil über die Entwicklung in den sozialen Lagern gegensätzlich aus: Während die sozialdemokratische Arbeiterbewegung die neue Rolle des Staates begrüßte und in ihrem Konzept der 'Wirtschaftsdemokratie' theoretisch legitimierte, hielten bürgerliche Kreise überwiegend an dem Ideal des über den Parteien und gesellschaftlichen Gruppen stehenden, neutralen Staates fest. Die Ausweitung der Staatsaufgaben machte ihnen die Mitwirkung der unteren Schichten in der Demokratie noch unerträglicher. Statt zwischen konträren Interessen Kompromisse zu suchen, sollte ein vermeintlich autonomer Staat eine starke 'Volksgemeinschaft' wiederherstellen und zu neuer nationaler Größe führen. Den einen stand dabei die Rückkehr zu Bismarcks Obrigkeitsstaat vor Augen; die anderen, besonders aus den jüngeren Generationen des Bürgertums, erkannten klarer, daß die politische und soziale Privilegierung der alten gesellschaftlichen Eliten im Krieg endgültig untragbar geworden war, und strebten einen von den Volksmassen plebiszitär gestützten 'Führerstaat' an.

Die Orientierung an der 'guten' alten Zeit vor dem Krieg verstellte vielen den Blick für die Erfolge, die in der Weimarer Republik unter schwierigen Bedingungen in wenigen Jahren erzielt wurden. Mehr als zwei Drittel der Vertreter eines durch Krieg und Revolution aufgewühlten Volkes einigten sich 1919 auf eine liberal-demokratische Verfassung, von der wesentliche Grundelemente 30 Jahre später in die Verfassung der zweiten deutschen Demokratie eingingen und sich bewährten. Der Weimarer Staat war auch keine 'Republik ohne Republikaner', sondern selbst am Ende hielt noch ein Drittel der Wähler zu ihr. Von ihren Idealen ging genügend Kraft aus, daß sich nach dem Zusammenbruch des 'Dritten Reichs' Weimarer Politiker noch einmal für den Aufbau einer Demokratie zur Verfügung stellten.

In der Weimarer Zeit wurde der Grund für einen modernen Sozialstaat gelegt, und auch hierauf konnte die westdeutsche Republik nach 1945 aufbauen. Der Achtstunden-Arbeitstag setzte sich als Norm durch. Tarifverträge und Ansätze betrieblicher Mitbestimmung standen für neuartige, prinzipiell gleichrangige Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, auch wenn sie in allen Jahren der Republik heftig umkämpft blieben. Die Gründung von Arbeitsgerichten stärkte die Position der Arbeitnehmer; das Arbeitsrecht wurde wesentlich verbessert. Die Sozialversicherungen wurden grundlegend erweitert und 1927 durch die Arbeitslosenversicherung ergänzt. Damit war die dreistufige Organisation der Erwerbslosenunterstützung geschaffen, die fast 80 Jahre Bestand hatte. Die diskriminierende, mit politischer Entrechtung verbundene 'Armenpflege' wandelte sich zur Sozialhilfe für, wie jetzt betont wurde, ganz überwiegend 'unschuldig' in Not geratene Menschen. Die Bezüge aus der Sozialversicherung und der Sozialhilfe blieben freilich ungenügend, und im Umgang der Fürsorger mit den Hilfsbedürftigen brachen sich autoritäre Einstellungen immer wieder Bahn. Mit Hilfe öffentlicher Mittel kam ein beachtlicher Wohnungsbau zustande, und viele Städte nutzten ihren Einfluß, um für sozial vertretbare Mieten und architektonische Qualität zu sorgen. Reformen im Schulbereich verfolgten den Zweck, die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Schichten zu verbessern; die Verbreitung der Reformpädagogik veränderte den Schulalltag für eine wachsende Zahl von Kindern. Durch ein neues Jugendstrafrecht sollte die Resozialisation 'gestrauchelter' Jugendlicher erleichtert werden.

Auf außenpolitischem Gebiet bedeutete die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und sogar den Völkerbundsrat den größten Erfolg; denn damit wurde es als gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft und wichtige Macht anerkannt. Doch nur die Anhänger der Parteien der 'Weimarer Koalition' und ein Teil der DVP wußten die Bedeutung dieses Ereignisses zu würdigen; die anderen blieben dafür zu sehr im Haß gegen den Versailler Vertrag gefangen. Nicht zuletzt schuf die Weimarer Republik Voraussetzungen für den großartigen Aufschwung der Kultur, sowohl der Hoch- als auch der Populärkultur, der die Rede von den 'goldenen zwanziger Jahren' aufkommen ließ. Allerdings stießen die modernen Strömungen nicht nur auf freudige Aufnahme, sondern auch auf empörten Widerstand. Wie in allen anderen Bereichen riefen die Kontrahenten auch auf kulturellem Gebiet nach dem Staat, daß er in ihrem Sinne rettend eingreife, die Freiheit der Kunst verteidige oder die 'Sittlichkeit' schütze. Für die Gegner der Moderne vervollständigte die Liberalität in kulturellen und wissenschaftlichen Belangen das Schuldkonto der Demokratie. In den Krisen der Weimarer Republik stießen die unvereinbaren Staatsvorstellungen wie die

politischen Konflikte überhaupt, die sozialen Gegensätze, die unterschiedlichen kulturellen Ansprüche und die Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit besonders heftig aufeinander. Wie es die Rückschau auf die Vorkriegszeit den Zeitgenossen schwer machte, ihrer Gegenwart mit angemessenen Erwartungen zu begegnen, so wurde das Urteil der Nachlebenden vom Wissen um die wiederkehrenden Krisen und den fatalen Ausgang der letzten großen Krise bestimmt. Nachdem die Inflation bis 1922 vielen Menschen schon schwere Verluste zugefügt, aber auch den Wiederaufbau der Wirtschaft erleichtert hatte, geriet das Deutsche Reich im Sommer 1923 auf dem Höhepunkt der Hyperinflation an den Rand des Zusammenbruchs. Statt Vollbeschäftigung herrschte enorme Arbeitslosigkeit; die Wirtschaftstätigkeit wurde durch die Unberechenbarkeit der Geldentwicklung gelähmt und fast zum Erliegen gebracht. Die KPD mobilisierte die verzweifelten Arbeiter zu Massenprotesten und 'wildem Streiks' und versuchte, den Boden für einen Aufstand zu bereiten, den sie im Oktober 1923 in Hamburg tatsächlich wagte. Rechte Gewalttaten häuften sich und gipfelten am 9. November in Hitlers Münchener Putschversuch. Bayern verfolgte bis dahin ohne Rücksicht auf das Reich seinen eigenen, die 'vaterländischen', völkischen und nationalsozialistischen Rechtsradikalen schützenden Kurs. In Sachsen und Thüringen pochten linke 'Arbeiterregierungen' ebenfalls auf ihre Eigenständigkeit. Im Westen, Osten und Norden bedrohten separatistische Bestrebungen die Einheit des Reichs oder zumindest des deutschen Währungsgebiets.

Warum es nicht schon damals zur Vernichtung der Weimarer Republik kam, bedarf ebenso der Erklärung wie ihr Untergang knapp zehn Jahre später. Die Hauptursache dafür scheint mir in zwei Faktoren zu liegen. Zum einen: Anders als später entsprach die Regierung sehr schnell dem verbreiteten Verlangen der Bevölkerung und der Wirtschaft, die verheerende Entwicklung aufzuhalten. Sie brach den 'Ruhrkampf' ohne Rücksicht auf nationales Prestige ab und traf binnen weniger Wochen Vorkehrungen für die Stabilisierung der Währung und den Wiederaufbau der Wirtschaft. Zum anderen: Die Männer an der Spitze des Staates, allen voran Reichspräsident Ebert, nutzten die von der Verfassung für schwierige Zeiten bereitgestellten Instrumente, um sie zu retten, statt sie zu verbiegen. Die Militärführung unter Seeckt ließ es in ihrem Bemühen, die Neutralität der Reichswehr zu wahren, zwar an der schuldigen Loyalität gegenüber der Republik fehlen, aber sie hatte keinen Ehrgeiz, unmittelbar im Innern Macht auszuüben. Das alles war in der großen Krise nach 1930 ganz anders.

Die zerstörerischen sozialen und sozialpsychischen Auswirkungen der Hyperinflation waren erst nach der Währungsstabilisierung in vollem Ausmaß zu erkennen. Obwohl Gewinne und Verluste unterschiedlich verteilt waren, ging in den bürgerlichen und bäuerlichen Mittelschichten generell das Gefühl der Sicherheit verloren. Durch die Vernichtung ihres finanziellen Rückhalts und vielleicht noch mehr durch die Angriffe auf ihre soziale Ehre sahen Menschen aus diesen Kreisen oft ihre ökonomische Existenz, ihren gesellschaftlichen Rang und ihre Wertordnung in Gefahr. Das bürgerlich-liberale Sozialmilieu, das ohnehin nie eine so starke Bindungskraft besessen hatte wie das sozialistische oder katholische, löste sich weiter auf. Viele Angehörige des 'Mittelstands' wandten sich von den beiden liberalen Parteien ab, die sie vor dieser umfassenden Bedrohung nicht bewahrt hatten, und suchten ihr Heil bei wirtschaftlichen Interessenparteien oder der DNVP. Auch bei der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten kam diese Rechtswendung der

Mittelschichten zum Tragen. Die andauernden Schwierigkeiten bei der Suche nach Regierungsmehrheiten hatten ebenfalls in der Schwächung der politischen Mitte eine wesentliche Ursache.

So richtig es deshalb ist, daß es nach der verstörenden Erfahrung der Hyperinflation nur 'relative Stabilität' gab, müssen doch beide Komponenten dieser Beschreibung betont werden: die Einschränkung heischenden Schwächemomente und die Stabilität verheißenden Faktoren. Die politische Neuorientierung von Teilen der Mittelschichten bewegte sich einstweilen im Rahmen des bestehenden Systems. In der DNVP gab noch der konservativ-gouvernementale Flügel den Ton an; ebenso wie die Wirtschaftspartei und die kleinen bäuerlichen Interessenparteien war sie bereit, ihre politischen Ziele in einer Koalitionsregierung zu verfolgen, den Politikwechsel also nach den Regeln der parlamentarischen Ordnung durch Ablösung der Regierung zu erstreben. Überhaupt war die Situation offen, sie enthielt Gefahren und Chancen für die Zukunft: Der Reichsverband der deutschen Industrie ließ stärker diejenigen 'Wirtschaftsführer' zu Wort kommen, die in Grenzen zum Arrangement mit der parlamentarischen Demokratie und dem entstehenden Sozialstaat bereit waren. Auch die Evangelische Kirche bemühte sich vorsichtig, ihr distanzierendes Verhältnis zur Republik zu verbessern. Die Zahl der 'Vernunftrepublikaner' wuchs allenthalben.

Diese zunehmende Verfassungsloyalität sollte nicht gering geachtet werden: Mehr war von Menschen, die sich dem Kaisertum emotional eng verbunden gefühlt und von der sozio-politischen Gestalt des Bismarck-Reichs profitiert hatten, wenige Jahre nach seinem Untergang nicht zu verlangen. Die Reichstagswahl im Mai 1928 schien die Konsolidierung der Republik zu bestätigen. Allerdings bezahlten alle bürgerlichen Parteien ihre zeitweilige Regierungsbeteiligung mit Wählerverlusten, und in allen kam es daraufhin zu einer Kräfteverschiebung nach rechts. In der DNVP setzte sich der radikale, strikt antiparlamentarische alldeutsche Flügel durch. Auch die Haltung der Unternehmerverbände verhärtete sich wieder.

Doch erst unter dem Druck der beginnenden Weltwirtschaftskrise fielen jene fatalen politischen Entscheidungen, durch die sich die offene Situation immer mehr zu einer schlechten, wenn auch bis zum Ende nie aussichtslosen Zukunftsperspektive für die Republik verengte. Erst jetzt entstand jenes Machtvakuum, das die Verächter der Demokratie in der Umgebung des Reichspräsidenten für ihre Zwecke ausnutzen konnten. Der NSDAP gelang ihr grandioser Aufstieg von der politischen Sekte zur mächtigen 'Volkspartei des Protests' vor allem aus zwei Gründen: Die eine Ursache war, daß breite Bevölkerungsschichten den Staat für die Verletzung ihrer elementaren Interessen verantwortlich machten, die soziale Gerechtigkeit grob mißachtet sahen und sich von den etablierten Parteien nicht mehr repräsentiert fühlten. Dazu kam als zweite Ursache, daß die politischen und gesellschaftlichen Eliten die rechtsradikalen Staatsfeinde in Dienst zu stellen hofften, statt sie energisch zu bekämpfen. Bereits in der Agrarkrise der späten zwanziger Jahre zeichnete sich ab, daß die politische Mobilisierung der empörten Landbewohner überwiegend der NSDAP zugute kam. In der Weltwirtschaftskrise bestätigte sich dieser Trend in den Städten. Je mehr sich die sozialen Spannungen verschärften, desto attraktiver wurden die ideologischen Angebote der NSDAP: Wiederherstellung der 'Volksgemeinschaft' unter einem starken, gerechten 'Führer', Zählung der Kapitalisten und Vernichtung der 'Bolschewisten'. Die

Widersprüchlichkeit der Parolen bot den verschiedenen Schichten Anknüpfungspunkte für ihren Protest. Angstgeplagten Bürgern machte die bei Demonstrationen und Aufmärschen zur Schau gestellte Durchsetzungskraft der Nationalsozialisten Mut. Junge Menschen wurden durch die Dynamik der 'Bewegung' in besonderer Weise angezogen, und dies wiederum schien der NSDAP in den Augen vieler Älterer die Zukunft zu verheißen.

1930, als der schwere Konjunkturrückschlag harte finanz- und sozialpolitische Einschnitte erzwang, sich jedoch noch nicht zu einer fundamentalen Wirtschaftskrise ausgeweitet hatte, kündigte sich die Gefährdung der Republik von rechts bei der Septemberwahl in der sprunghaften, gewaltigen Zunahme der NSDAP -Stimmen an. Aber noch stand weniger als ein Fünftel der Wähler im nationalsozialistischen Lager. Die Bildung einer parlamentarisch verankerten Mehrheitsregierung unter Ausschluß der extremen Flügelparteien NSDAP, DNVP und KPD war weiterhin möglich und wurde nicht nur von demokratischen Politikern und Staatsrechtlern, sondern im Interesse politischer Stabilität zunächst auch von der Führung des Reichsverbands der deutschen Industrie gefordert. Dieser Weg setzte allerdings einen über alle Interessengegensätze hinwegreichenden Konsens voraus, die demokratische Verfassung unbedingt zu erhalten, und diesen Konsens gab es nicht. Vielmehr entschlossen sich die konservativen Machteliten jetzt, dauerhaft gegen die stärkste demokratische Partei, die SPD, zu regieren und vom parlamentarischen zum autoritären System überzu gehen. Anders als ihre Vorgänger 1923 mißbrauchten sie die Notstandsbestimmungen der Verfassung, um die Verfassungswirklichkeit grundlegend zu verändern.

Den Spielraum, den die Reichsregierung durch die weitgehende Lösung vom Parlament und von den dort vertretenen gesellschaftlichen Kräften gewann, nutzte sie unter Brüning, um ohne Rücksicht auf die Volksstimmung eine rigorose Politik des Gesundschrumpfens und Großhungerns zu betreiben. Im Vertrauen auf den vermeintlich sicheren Rückhalt beim Reichspräsidenten glaubte der Kanzler, die wachsende Verzweiflung und politische Radikalisierung großer Teile der Bevölkerung ignorieren zu können. Weder die verbreitete, immer heftigere Kritik der Wirtschaftspolitik in der Presse noch die zunehmenden Warnungen von Wirtschaftsexperten noch die Abwendung wichtiger Interessengruppen, wie im Herbst 1931 der Industrieverbände und der DVP, konnten ihn zum Aufgeben der krisenverschärfenden Deflationspolitik bewegen. Dabei war ein solcher Kurswechsel inzwischen möglich, wie die Regierung Brüning durchaus erkannte. Aber wegen ihrer übergeordneten Ziele hielt sie an ihrer verhängnisvollen prozyklischen Finanzpolitik fest. Zuerst sollte Deutschland die Streichung der Reparationen erreichen und sich darüber hinaus unter Opfern eine gute Ausgangsposition verschaffen, um nach dem Ende der Weltwirtschaftskrise zu neuer Größe aufzusteigen. Auf die verzweifelte Proteststimmung im Land reagierte Brüning ebenso verständnislos wie auf den Zusammenbruch der 'Heimatfront' am Ende des Ersten Weltkriegs. Es gehöre 'zu den Eigenheiten des deutschen Volkes', so meinte er wenige Wochen vor seinem Sturz, kurz vor dem Ziel 'den Mut zu verlieren und zusammenzuklappen'. Sein Gesprächspartner, Staatssekretär Hans Schäffer, sah die Ursache für das drohende Scheitern der Regierung realistischer: Weil die Führer mit ihren Zielen die Kräfte des Volkes überforderten, würden immer wieder aus möglichen Erfolgen Niederlagen.

Was in den letzten acht Monaten der Republik folgte: Papens Projekt des 'Neuen Staats' und Schleichers 'Querfront'-Konzeption, waren aussichtslose Versuche politischer Dilettanten. Die Ansätze zur Restauration älterer Strukturen in der Ära Brüning wurden hemmungslos übersteigert: Statt wie Brüning das Parlament auf die passive Rolle der Duldung der Regierungsarbeit zu beschränken, trat Papen gegen 90 % der Abgeordneten zum Kampf an. Statt die Verfassung durch eine fragwürdige Interpretation heimlich zu verbiegen, proklamierte er offen den 'Neuen Staat' nach Ideen der 'Konservativen Revolution'. Statt die SPD mit Hilfe des Notstandsartikels von der Reichsregierung fernzuhalten, beging er eindeutigen Verfassungsbruch, um sie in Preußen aus der Regierung zu entfernen. Statt Sozialleistungen und Löhne stark zu reduzieren, trieb das Kabinett Papen die Arbeitslosen und viele Arbeiter in die Armut. Statt nur besondere Rücksicht zu genießen, wurden Landwirte und Unternehmer unter Papen kraß bevorzugt. Die konservativen Retter Deutschlands wollten das Volk einen und trieben es an den Rand des Bürgerkriegs. Sie wollten den Staat aus dem Griff der Parteien und Interessengruppen befreien und lieferten ihn dem skrupellosesten Parteiführer aus.

Die Weimarer Republik mußte in der kurzen Zeit ihres Bestehens mit enormen Schwierigkeiten fertig werden. Wegen ihrer großen strukturellen 'Vorbelastungen', der vielfältigen sozialen Spannungen, der Schwächen ihrer Eliten und der überzogenen Erwartungen ihrer Bürger war sie dafür schlecht gerüstet. Den letzten Stoß aber erhielt sie durch den revisionistischen Ehrgeiz einer konservativen politischen Führung, die seit der Ära Brüning inmitten einer dramatischen Wirtschafts- und Staatskrise danach strebte, die außen- und innenpolitische Niederlage von 1918 zu überwinden.